

Herrn Finanzminister
Hartwig Löger

Bundesministerium für Finanzen

Johannesgasse 5
1010 Wien

Betrifft: EU-Verhandlungen über den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine öffentliche länderbezogene Berichterstattung von Konzernen

Wien, am 19.04. 2018

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Wir wenden uns bezüglich der stockenden EU-Verhandlungen bei der Einführung von verpflichtenden öffentlichen länderbezogenen Berichten (public country by country reporting, pCBCR) im Bereich der Unternehmensbesteuerung an Sie.

Steuerskandale wie LuxLeaks und ParadisePapers haben einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, in welchem Ausmaß sich multinationale Konzerne durch künstliche Gewinnverschiebungen ihrem gerechten Steuerbeitrag zur Finanzierung wichtiger staatlicher Aufgaben entziehen können.

Mehr Transparenz und öffentliche Kontrolle können das Vertrauen in die Steuersysteme und die Effizienz der Arbeit der Steuerbehörden stärken. Auch würde sich der Anreiz für Konzerne deutlich erhöhen, ihre Steuern in den Ländern zu zahlen, in denen sie ihre Gewinne tatsächlich erwirtschaften. Es würden gleiche Wettbewerbsbedingungen für rein national tätige Unternehmen, also zumeist KMUs, geschaffen werden. Auch InvestorInnen bekämen einen besseren Einblick in die Steuerstrategien und -risiken, was zu besseren Investitionsentscheidungen führen kann.¹ Und die BürgerInnen können sich ein Urteil über den Beitrag eines Unternehmens zur Gesellschaft bilden.

Wir begrüßen die Vorstöße der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments, die Transparenz im Unternehmenssteuerbereich weiter voranzutreiben. **Wir sind jedoch besorgt darüber, dass die Verhandlungen offenbar ins Stocken geraten sind.** Wie die Stellungnahme der Vertreterin des Rats und der amtierenden EU-Präsidentschaft, Monika Panayotova, am 18.4.2018 im Europäischen Parlament gezeigt hat², ist es den EU-Mitgliedstaaten trotz langwieriger Beratungen noch nicht gelungen, sich auf

¹ Norwegens staatlicher Investitionsfonds erwartet bereits eine Publikation länderweiser Daten von multinationalen Unternehmen (siehe <https://www.nbim.no/contentassets/48b3ea4218e44caab5f2a1f56992f67e/expectations-document---tax-and-transparency---norges-bank-investment-management.pdf>). Eumedion, der holländische Verband institutioneller Investoren, bewertet öffentliche länderweise Berichte als positiv, u.a. weil diese „a more detailed analysis by investors“ erlauben (siehe S. 2, <https://www.eumedion.nl/en/public/knowledgenetwork/position-papers/2016-01-srd---statement-triloog.pdf>)

² <http://www.europarl.europa.eu/plenary/DE/vod.html?mode=unit&vodLanguage=DE&vodId=1524081689036#>

einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen, der die Aufnahme von Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission ermöglichen würde.

Wir fordern Sie daher dringend dazu auf, den Verhandlungsprozess für eine öffentliche länderweise Berichterstattung im Bereich der Ertragsteuern auf EU-Ebene voranzutreiben. Österreich kommt dabei im Zuge der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft eine besondere Verantwortung zu.

Öffentliche länderbezogene Berichte sind bereits Realität

Bisher sind bereits Banken und große Rohstoff-Unternehmen dazu verpflichtet, länderweise Daten zu veröffentlichen. Österreich hat diesen Maßnahmen im Rahmen der EU zugestimmt und sie bereits in nationales Recht umgesetzt (insb. BWG § 64 Abs. 1 Z18 und RÄG 2014 §§243 c und 267b). In einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Folgenabschätzungsanalyse betreffend der länderweisen Berichtspflichten für Banken kam das Beratungsunternehmen PriceWaterhouseCoopers zu folgendem Ergebnis: „Aus der ökonomischen Analyse schließen wir, dass Artikel 89 keine signifikanten negativen wirtschaftlichen Auswirkungen haben wird und geringe positive wirtschaftliche Auswirkungen haben könnte.“³

Um diese Berichtspflichten auf alle in der EU tätigen Großunternehmen auszudehnen, hat die EU-Kommission am 12. April 2016 einen *Entwurf einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen* vorgelegt.⁴ Eine Stellungnahme zu diesem Richtlinienentwurf wurde dem BM für Justiz im Mai 2016 von der AG Globale Verantwortung (AGGV), der Koordinierungsstelle der österreichischen Bischofskonferenz (KOO) und dem Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) übermittelt.

Das Europäische Parlament hat den Richtlinienentwurf der Kommission am 4. Juli 2017 ergänzt und in 1. Lesung angenommen.⁵ Am 19. Dezember 2017 wurde ein Kompromissentwurf seitens der estnischen Ratspräsidentschaft vorgelegt.⁶

Zu den bisherigen Kritikpunkten⁷ des BMF betreffend der öffentlichen länderbezogenen Berichte möchten wir feststellen:

1. Um Missinterpretationen der Daten zu vermeiden, können Unternehmen laut Artikel 48c-4 des EU-Kommissionsvorschlags ihrem länderweisen Bericht einen narrativen Teil hinzufügen. Auch dürften die veröffentlichten Daten keine sensiblen Informationen preisgeben. Gemäß einem Partner von PwC NL besteht diese Information nicht aus „*secret formulas, but merely basic*

³ PWC: General assessment of potential economic consequences of country-by-country reporting under CRD IV. Final Report September 2014. http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/modern/141030-cbcr-report_en.pdf

⁴ Europäische Kommission: Entwurf einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen (2016/0107 (COD)). <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0198&from=DE>

⁵ Europäisches Parlament: Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen. Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 4. Juli 2017 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen (COM(2016)0198.–C8-0146/2016 –2016/0107(COD)). <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2017-0284+0+DOC+PDF+V0//DE>

⁶ Council of the European Union: Proposal for Directive of the European Parliament and the Council (sic!) amending Directive 2013/34/EU as regards disclosure (sic!) of income tax information by certain undertakings and branches (CBCR) – presidency compromise proposal (13685/1/17 REV 1), <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13685-2017-REV-1/en/pdf>

⁷ Schriftliche Information des BMF zu TOP 5 - EU-Ausschuss BR, 11.5.2016: <http://bit.ly/2lujwzr>

information on the difference between financial and tax accounting.“ Darüber hinaus sind viele der in Frage kommenden Informationen bereits öffentlich zugänglich.⁸

2. Öffentliche Konzernberichte wären kein Bruch völkerrechtlicher Verpflichtungen. Richtig ist, dass die CBCR-Vorgaben der OECD (Aktionspunkt 13 des BEPS-Pakets) Vertraulichkeit beim staatlichen Austausch von Konzernberichten vorsehen. Der Einwand des BMF übersieht jedoch, dass Kommission und EU-Parlament nicht die Steuerverwaltungen, sondern die Konzerne selbst zur Veröffentlichung verpflichten wollen. Dies schafft eine neue - über die OECD-Vorgaben hinausgehende - Rechtsgrundlage.
3. Die Kosten zur Erstellung der Berichte wären für die Unternehmen gering, da diese die Daten in Umsetzung der OECD-Vorgaben ja bereits erstellen und den Steuerverwaltungen übermitteln müssen.⁹ Sie werden von der EU-Kommission mit 100.000 Euro (das sind 0,014 % eines jährlichen Umsatzes von 750 Millionen Euro) beziffert.¹⁰

Entwicklungsländer profitieren von mehr Steuertransparenz

Als Organisationen, die teilweise im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, wollen wir im Sinne der Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung darauf hinweisen, dass auch BürgerInnen aus Entwicklungsländern von mehr Steuertransparenz profitieren würden. Hier wollen wir Sie auf folgende Ergänzung des EU-COM Vorschlags durch das EU-Parlament hinweisen: *„Multinationale Unternehmen sind weltweit tätig, und ihr Geschäftsgebaren hat beträchtliche Auswirkungen auf Entwicklungsländer. Wenn sie deren Bürgern Zugang zu länderspezifischen Unternehmensinformationen gewähren würden, könnten diese und die Steuerbehörden in ihren Ländern diese Unternehmen überwachen, bewerten und sie zur Rechenschaft ziehen. (...) die Union (würde damit) ihre Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung stärken und potentielle Steuervermeidungssysteme in Ländern beschränken, in denen die Mobilisierung heimischer Ressourcen als ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklungspolitik der Union ermittelt wurde.“*¹¹ Denn heimische Ressourcen brauchen gerade ärmere Länder zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) dringend.

Schwachpunkte der vorliegenden EU-Vorschläge

Trotz unserer generellen Unterstützung wollen wir Sie auf folgende Schwachpunkte in den vorliegenden Vorschlägen von EU-Kommission, EU-Parlament oder Rat aufmerksam machen, die die Effektivität der öffentlichen Berichte aus unserer Sicht stark verringern könnten:

1. Berichtspflicht nur für sehr große Unternehmen (Artikel 48b – 1):
Nur Unternehmensgruppen ab einem jährlichen konsolidierten Umsatz von 750 Millionen Euro sollen länderweise Daten veröffentlichen müssen. Die EU-Bilanzrichtlinie¹² definiert bereits Unternehmen mit einem Umsatz von mindestens 40 Millionen Euro als große Unternehmensgruppen. Diese Grenze wurde auch bei den existierenden öffentlichen Berichtspflichten für Rohstoff-Unternehmen eingezogen. **Wir plädieren daher dafür, die Grenze der Veröffentlichungspflicht grundsätzlich mit 40 Millionen Euro festzulegen.**

⁸ Siehe <https://www.ifac.org/global-knowledge-gateway/business-reporting/discussion/11-reasons-be-transparent-tax>

⁹ In Österreich werden diese Daten auf Grundlage des Verrechnungspreisdokumentationsgesetzes gesammelt und mit anderen Steuerbehörden ausgetauscht.

¹⁰ Commission Staff Working Document: Impact Assessment, assessing the potential for further transparency on income tax information, S. 42, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016SC0117&from=EN>

¹¹ Europäisches Parlament, Abänderung 16.

¹² Artikel 3, Absatz 7: „Große Gruppen sind Gruppen, die aus Mutter- und Tochterunternehmen bestehen, welche in eine Konsolidierung einzubeziehen sind, und die auf konsolidierter Basis am Bilanzstichtag des Mutterunternehmens die Grenzen von mindestens zwei der drei folgenden Größenmerkmale überschreiten: a) Bilanzsumme: 20 000 000 EUR; b) Nettoumsatzerlöse: 40 000 000 EUR; c) durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres Beschäftigten: 250.“

2. Beschränkung der Berichtspflicht für Tätigkeiten außerhalb der EU (Artikel 48c – 3):
Gemäß den Vorschlägen der Kommission und des Rates sollen Daten über die Tätigkeiten in Drittländern nur aggregiert ausgewiesen werden. Dies würde die Aussagekraft der Berichte deutlich einschränken. Davon ausgenommen werden sollen nur Daten für Länder, die auf einer „Schwarzliste“ der EU aufscheinen. Diese am 5. Dezember 2017 erstmals veröffentlichte Liste hat jedoch starke öffentliche Kritik hervorgerufen. **Wir unterstützen daher den Vorschlag des EU-Parlaments, das für die Veröffentlichung disaggregierter Daten über die weltweiten Tätigkeiten der Großunternehmen eintritt.**
3. Beschränkung der Berichtspflicht durch „get out“- bzw. „comply-or-explain“-Klauseln:
Sowohl das EU-Parlament als auch der Ratsvorschlag erlauben es Unternehmen, Daten dann nicht zu veröffentlichen, wenn eine Veröffentlichung für das Unternehmen „ernsthaft schädlich“ wäre (Artikel 48c – 3a). Der Passus des Ratsvorschlages erlaubt es Unternehmen, sich den Berichtspflichten zu entziehen oder eine Veröffentlichung zu verzögern. **Eine solche „get out“-Klausel kommt im Vorschlag der EU-Kommission nicht vor und sollte aus unserer Sicht gestrichen werden.** Der Ratsvorschlag sieht zudem eine „comply-or-explain“-Klausel vor, die es Unternehmen aus Drittländern (die in der EU tätig sind) erlaubt, Daten über ihre Tätigkeiten außerhalb der EU nicht zu veröffentlichen (Artikel 48b – 4), so dies ausreichend begründet wird. **Eine „comply-or-explain“-Klausel ist weder im Vorschlag der Kommission noch des EU-Parlaments enthalten und sollte gestrichen werden.**
4. Gefahr einer uneinheitlichen Berichterstattung und zu weniger Daten:
Weder im Vorschlag der Kommission noch des Rates wird ein einheitliches Format für die Veröffentlichung vorgeschlagen. Um eine einheitliche, und deshalb gut vergleichbare, Berichterstattung in allen EU-Ländern zu gewährleisten, **unterstützen wir den Vorschlag des EU-Parlaments, dass die Berichte nach einem gemeinsamen Muster in einem offenen Datenformat kostenlos veröffentlicht werden sollen (Artikel 48c-5). Wir unterstützen auch den Vorschlag des Parlaments, die zu veröffentlichenden Daten an den Standard der OECD für länderweise Berichte anzugleichen und dementsprechend zu erweitern (Artikel 48c – 2a bis 48 c-2gc)**

Am Anhang zu diesem Schreiben finden Sie eine detailliertere Analyse.

Wir bitten Sie um eine schriftliche Stellungnahme zu unserem Schreiben.

Wir stehen Ihnen gerne für weitere Informationen, auch in einem persönlichen Treffen, zur Verfügung, um dieses Thema weiter zu diskutieren.

Hochachtungsvoll, die unterzeichnenden Organisationen

VIDC
KOO
Attac Österreich
Südwind
AG Globale Verantwortung
KAB – Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung
Volkshilfe

Ein gleichlautender Brief ergeht gleichfalls an Dr. Josef Moser, BM für Justiz.

ANHANG:

1 March 2018

Directive on disclosure of income tax information by certain undertakings and branches – public country by country reporting

State of play on EU negotiations on public country-by-country reporting

On 12 April 2016, the European Commission published a [legislative proposal](#) on public country-by-country reporting for multinational corporations. On 4 July 2017, the European Parliament adopted in Plenary its [amendments](#) to the European Commission's proposed Directive. For an overview of the key amendments introduced by the European Parliament, please see this [article](#).

In the past year, the Council of EU Member States have also discussed their proposed amendments to the Directive. A large number of EU Member States remain [opposed](#) to the European Commission's proposal, and have introduced amendments that would further water down the European Commission's proposed rules (see more below). A large number of EU Member States continue to be opposed to disaggregation, which would require multinationals to report on all of their activities worldwide, not just EU countries and blacklisted tax havens.

A lack of consensus between EU Member States about the European Commission's proposed rules and disagreements about the legal basis of the legislative proposal have delayed the adoption of a 'general approach', or a final negotiating position that would allow the commencement of trilogue negotiations with the European Parliament and the Council. The lack of a German coalition agreement (due to be voted on 4 March 2018) has also complicated negotiations, and delayed the adoption of a 'general approach'.

In November 2016, the Council Legal Service called for a [change](#) to the legal basis of the proposal, from an accounting file to a tax file. A change in the legal basis to a tax file would mean that the European Parliament would be excluded from decision-making, and EU Member States would need to unanimously agree in order for the proposal to become law. While the Legal Service of the Council has argued that this change to the legal basis would be appropriate, it has been rejected by the [Legal Affairs Committee](#) of the European Parliament and by the [European Commission](#). There is also a legal precedent for CBCR rules not to be considered a tax file – for instance, CBCR rules have already been introduced under the Capital Requirements Directive IV (Article 89 of [CRD IV](#)). In order to change the legal basis, a unanimity of Member States would need to agree – discussions on this topic remain on-going.

Going forward, there is a clear risk that the Council adopts an unambitious negotiating position, and that the European Parliament subsequently agrees to an unambitious compromise in trilogue negotiations that would result in final CBCR rules that are not satisfactory to civil society organisations. There also remains a clear risk of political deadlock in Council, and that EU Member States continue to be unable to agree to a final common negotiating position which would prevent the commencement of trilogue negotiations with the European Parliament and the European Commission and therefore the adoption of the final rules.

Overview of on-going negotiations in Council of EU Member States

While the Council has been unable to agree on a final 'general approach', negotiators from EU Member States have begun discussing initial compromise positions. The latest compromise position discussed by Council largely follows the original rules as proposed by the European Commission, but introduce a few key amendments that would further water down the draft legislation and weaken many of its provisions.

In particular, the Council's compromise position maintains the European Commission's proposal to only require country-by-country reporting information for EU countries and countries included on the EU blacklist of non-cooperative jurisdictions.

The latest [compromise text](#) introduced by the Bulgarian Presidency meanwhile introduces the following changes that would further undermine the European Commission's proposal:

1. Corporate get out clause

Article 48c – 3a: *“Information otherwise required to be disclosed by paragraphs 2 and 3 of this article **may be omitted when its disclosure would be seriously prejudicial to the commercial position of the undertakings** to which it relates. Any such **omission shall be disclosed** in the report together **with reasoned explanation** regarding its causes. Any information thus omitted **shall be made public** in a later report on income tax information **within no more than four years from the date** of its original omission. Information pertaining to tax jurisdictions listed in the **EU list of non-cooperative jurisdictions for tax purposes may never be omitted.**”*

Problem:

- The latest Presidency compromise introduces a new corporate-get out clause that would allow multinational companies to not disclose country-by-country information, when they have concerns that publishing such information would ‘harm their competitiveness’. Any omission would need to be accompanied by a reasoned explanation.
- Multinationals would be required to publish any omitted country-by-country information (due to commercial concerns) within no more than four years from the date of its original omission
- Multinationals will never be allowed to omit information for tax jurisdictions listed in the EU [blacklist](#) of non-cooperative jurisdictions

Recommendations: This is a highly problematic clause that should be removed. The clause, as written, could leave a great deal of discretion to multinational firms to decide whether they should omit information. The text of the Presidency compromise does not define what would be considered “seriously prejudicial to the commercial position of the undertakings,” and there is a strong risk that multinationals could liberally apply this provision in order to delay from being required to publish country-by-country information. Contrary to the European Parliament's corporate get out clause, the Council's corporate get out clause does introduce a time limit that would require companies to publish CBCR information after a four-year period.

2. Threshold of €750m for at least two consecutive years

Article 48b - 1: *“Member States shall require ultimate parent undertakings governed by their national laws which on their balance sheet data exceeded for **each of the last two consecutive financial years** a consolidated revenue of EUR 750 000 000 as reflected in their consolidated financial statements to draw up, publish and **make accessible a report** in income tax information **as regards the latter of the last two consecutive financial years.**”*

Problem: Under the amendments proposed by the Council, a company would only be required to start reporting their CBCR information on a yearly basis once they exceed the €750m threshold for two consecutive financial years. Once companies exceed the two-year threshold, they would only be required to publish information with regards to the latter (i.e. the second) year.

Recommendations:

Ideally, the Council should require public CBCR rules to apply to all firms that qualify as a 'large undertaking' under the EU's Accounting Directive. Under the EU's definition, a firm is considered a large undertaking if companies exceed a minimum two of the following three criteria: (a) balance sheet total: EUR 20 000 000; (b) net turnover: EUR 40 000 000; (c) average number of employees during the financial year: 250. However, unfortunately, the European Parliament already voted in its final report to maintain the €750m threshold, but inserted a 'revision clause' that would require European Commission to assess the costs and benefits of lowering the consolidated turnover threshold four years after the adoption of the Directive.

The Council should commit to lowering the threshold according to the EU's own definition of a large undertaking, or at the very least support the European Parliament's language to review the threshold after a four-year period. Companies should also be required to report immediately once they cross the €750m threshold.

3. Letterbox companies not covered

Article 48b – 4: "Member States shall require branches opened in their territories **and still operated** by an undertaking which is not governed by the law of a Member State to publish and make accessible a report on income tax information of the ultimate parent undertaking or the standalone undertaking"

Problem: The addition of the language 'and still operated' in the latest Presidency compromise would be a [significant change](#) that would allow letterbox companies, which often play a central role in the tax avoidance activities of large multinationals, to be excluded from the reporting obligation. Non-operating subsidiaries are subsidiaries which exist on paper, but do not have assets or employees of their own. By suggesting that the Directive should only include subsidiaries that are 'operating' in the EU, there is a risk that letterbox subsidiaries can dodge the transparency requirements. Letterbox companies are firms that exist on paper, but often have no real employees or carry out little in terms of actual economic activity in the country in question. Letterbox companies, while often not doing any real business activity, can play a key role in the tax set up of the corporation.

Recommendation: The final legislative proposal must cover all types of undertakings operating in the European Union, including letterbox companies. The language 'and still operated' should be removed from the current Presidency compromise.

4. A comply or explain clause for non-EU multinationals

Article 48b – 4: "When this information or report is not available, such person(s) shall request the ultimate undertaking not governed by the law of a Member State or the standalone undertaking referred to in point (a) of this paragraph to provide all information required to meet their obligation. In case this information or report is not provided, the branches shall publish and make accessible a statement as to why the report on income tax could not be published and made accessible."

Problem: The Council Presidency Compromise introduces a [comply-or-explain clause](#), which would allow the subsidiaries or branches of non-EU parent companies to explain why they are not able to disclose information related to their non-EU activities. A comply-or-explain clause was first considered by the Dutch government in order to deal with concerns that EU subsidiaries cannot force their parent companies to provide them with the required data to compile their CBCR reports, and that there may be no legal basis for enforcement actions by EU Member States targeting non-EU parents. But while the Dutch government first introduced this clause alongside a commitment to require worldwide reporting on dis-aggregated basis, the Presidency compromise introduces a comply-or-explain clause without extending the reporting obligation beyond the EU and blacklisted countries. In practice, this means that

non-EU headquartered companies will be able to use the ‘comply-or-explain’ clause to avoid reporting on their activities in blacklisted tax jurisdictions outside of the European Union.

Recommendation: The comply-or-explain clause should be removed from the Council Presidency compromise. There remain serious risks with a comply-or-explain approach, in particular, there is a strong risk that non-EU multinationals will most often choose simply not to comply with the reporting requirements. Moreover, there are already examples of EU legislation with extraterritorial impact. For instance, the Accounting Directive and the Transparency Directive also require large undertakings established in an EU Member State (including EU listed companies headquartered in a third country) and active in the extractive industry or the logging of primary forests to prepare and make public a report on payments made to each government, including to third-country governments on an annual basis.

Further problems with the Presidency compromise

In addition to the above changes introduced by the Council, there are a number of others problems with the text of the Presidency compromise (which are also in the European Commission’s legislative proposal, but have been removed by the European Parliament in their [amendments](#)):

1. Reporting combined at the Member State level

Article 48c – 3: “The report shall present the information referred to in paragraph 2 or 2a separately for each Member State. Where a Member State comprises several tax jurisdictions, the information shall be combined at Member State level.”

Problem: By only requiring EU countries to report at the ‘EU Member State level’, as opposed to breaking down reporting at the tax jurisdiction’ level, the Presidency compromise would allow the activities of multinationals in the UK’s Crown Dependencies and Overseas Territories to be lumped together with the CBCR reports for the United Kingdom. Yet these jurisdictions are known jurisdictions for the tax avoidance activities of large multinationals.

Recommendation: CBCR information should be listed separately for each tax jurisdiction, and not be combined at the Member state level, as also recommended by the European Parliament in their final report.

2. Transactions with EU undertakings to be included in reporting requirement

Article 48c – 3: “The report shall also present the information referred to in paragraph 2 or 2a of this Article separately for each tax jurisdictions which, at the end of the previous financial year, is listed in the EU list of non-cooperative jurisdictions for tax purposes, unless the report, explicitly confirms, subject to the responsibility referred to in Article 48e below, that the affiliated undertakings of a group governed by the laws of such tax jurisdiction do not engage directly in transactions with any affiliated undertaking of the same group governed by the laws of any Member state.”

Problem: The subsidiaries of multinational corporations in blacklisted jurisdictions will only be required to report their CBCR information if they engage in direct transactions with an undertaking of the same group in an EU Member State.

Recommendation: Multinational companies should be required to report on all of their activities worldwide, regardless of whether their subsidiaries engage in any direct transactions with any undertakings in an EU Member State.

Annex A – Overview of key issues at play in EU negotiations on CBCR Directive

The table below provides a brief overview of some of the main differences between the current proposals by the European Commission, Council and the European Parliament:

Issue	European Commission	European Parliament	Council of EU Member States
Threshold	€750m consolidated net turnover	€750m consolidated net turnover; with a review clause to assess whether this threshold should be reduced after a 4-year period	€750m consolidated net turnover; MNCs only required to report when they exceed threshold for two-year period; and then only on the latter year
Formatting of CBCR data	No common template	Country-by-country information will be published according to a common template in an open data format, in a public register to be managed by the European Commission	No common template
Disaggregation	MNCs to report on a disaggregated basis for activities in EU countries and blacklisted jurisdictions; aggregated figures for rest of world	MNCs to report on all of their activities worldwide, on a disaggregated basis for each tax jurisdiction	MNCs to report on a disaggregated basis for activities in EU countries and blacklisted jurisdictions; aggregated figures for rest of world
Corporate get out clause	No corporate get out clause	Corporate get-out clause that would allow undertakings to request national tax authorities to be exempt from reporting requirements when they have concerns about commercial sensitivities; European Commission to play a monitoring role	- Corporate get out clause with 4-year time-limit; companies must provide a 'reasoned explanation' when not disclosing information - 'Comply-or-explain' clause for non-EU undertakings, that would allow them to avoid reporting on their non-EU activities

Questions? Please contact Tove Ryding, Eurodad, at tryding@eurodad.org.